AUFGEPASST: „DIE REPUBLIKANER"

ein Sammelbecken für deutschnationale, revanchistische, rassistische und neofaschistische Kräfte.

Verbindung von Konservativen und Faschisten

Die Partei der „Republikaner" (REP) will am 29.1.89 zu den Wahlen in Westberlin unter dem Motto 'Man kann wieder wählen – Deutschland zuerst' antreten. Wer sind diese sog. „Republikaner"? Sie sind ein auf seriös getrimmtes Sammelbecken deutschnationaler, rechtsextremer und rassistischer Kräfte. Um sich den Anstrich einer scheinbar demokratischen Partei zu geben, hat der Bundesvorstand im Mai 88 ein Eintrittsverbot „für noch amtierende Funktionäre der . . . , DVU, NPD und FAP" erlassen.
Aber dieser Beschluß soll nur eine Wirkung nach außen haben. Im Meinungsführerstreit der rechtsextremen Parteien ist den „Republikanern" jeder Eintritt aus dem rechtsradikalen Spektrum willkommen. Ihre Zusammenarbeit mit Faschisten zeigt sich nicht zuletzt durch z. B. Anzeigen, Artikel ihrer Parteiführer, die in neofaschistischen Zeitschriften wie z. B. der österreichischen Hetzzeitschrift „Sieg" erscheinen: *„Wacht auf, Nationale Sozialisten! Mit den Republikanern in die Parlamente! . . ."*

In ihrer Abgrenzung zur NPD heißt es dann z. B. auch nur: *„Die NPD war ja ungeheuer gestrig in ihrem Zuschnitt"*. (Spiegel 43/86, Schönhuber)

Dabei setzt die sog. „Neue Rechte" seit November 85 massiv auf die Formierung einer einheitlichen Wahlformation nach dem französischen Vorbild des Front-National-Führers Le Pen. *„Es kommt auf die große Linie an . . . Stellen wir das Trennende zurück, wo es ums Ganze geht, daß nur heißen kann: Rettet die Substanz des deutschen Volkes für das Europa freier Völker."* (aus NE 12/85)

Die sog. „Ausländer-Frage" wird dabei als Mittel zur Gewinnung einer Massenbasis benutzt.
Da der NPD in Westberlin bisher die Teilnahme an den Wahlen sowie „jegliche öffentliche Tätigkeit" durch die Alliierte Kommandantur offiziell verboten ist, und die DVU sich nicht an den Wahlen beteiligt, bilden die „Republikaner" in Westberlin von den führenden rechtsextremen Parteien konkurrenzlos das Sammelbecken der deutschnationalen und rassistischen Kräfte.

Wie entstanden die „Republikaner"?

Sie wurden im November 1983 in München aus der Taufe gehoben. Die CSU-Mitglieder, bzw. Abgeordneten Franz Handlos, Ekkehard Voigt* und Franz Schönhuber gründeten die „Republikaner" u.a. aus Verärgerung über den von Strauß an die DDR vermittelten Milliardenkredit. Sie sahen in dem Kredit parteipolitische Grundsätze wie Antikommunismus und Revanchismus verletzt. In den

folgenden 5 Jahren formierten sich die „Republikaner" zu einer bundesweit organisierten Partei. Der schnelle organisatorische Aufbau erklärt sich nicht zuletzt durch die Überläufer einer Reihe von erfahrenen Politikern aus CSU, NPD, CDU, DVU und z. T. der SPD. S c h ö n h u b e r , ehemaliges Mitglied der Waffen-SS (Leibstandarte A. Hitler), der mit seiner Buchveröffentlichung 'Ich war dabei' eine Verherrlichung der Waffen-SS betrieb, wurde V o r s i t z e n d e r der „Republikaner". H a r a l d N e u b a u e r , ehemals Landesbeauftragter der DVU, Redakteur des 'Deutschen Anzeiger's (DVU) und der 'Nationalzeitung', wurde G e n e r a l s e k r e t ä r der Partei.



Der Zulauf von Faschisten führte immer wieder zu innerparteilichen Streitigkeiten, in deren Folge sich u.a. der Bremer Landesverband von der Bundespartei abspaltete, da er eine klare Abgrenzung zur DVU/NPD (in Bremen gemeinsam als Liste D kandidiert) vermisse.
Trotz des raschen Parteiaufbaus konnten die „Republikaner" ihren bayrischen Wahlerfolg von 1985 mit 3% der Stimmen nicht wiederholen: in Baden Würtemberg bekamen sie 0,96% (die NPD 2,1%); in Schleswig-Holstein 0,6%; in Bremen 1,6% (Liste D 3,4%) (Bremerhaven 5,4%).
Der Konkurrenzdruck durch die gemeinsame Listengründung von NPD und DVU ist wahrscheinlich zu groß.

„Republikaner" in Westberlin

Am 14.7.1987 wollte der Bundesvorsitzende der Republikaner Schönhuber die Gründung eines westberliner Landesverbandes vor dem Reichstagsgebäude ankündigen.
Die Kundgebung, die unter dem Motto „Trotz alledem: Deutschland" laufen solle, konnte durch das engagierte Auftreten von AntifaschistInnen verhindert werden.
Vor dem Reichstag zeigte aber auch die militante Neonazi-Szene von Westberlin ihre Sympathien für die „Republikaner". So wurde der damalige Berliner Landesbeauftragte der „Rep" Weinschenk im Gespräch mit dem stadtbekannten Neonazi Mario Dombrowski (ehemals 'Wiking-Jugend', heute 'Deutsche Jugend-Initiative') fotographiert. Weiter waren Mitglieder und Aktivisten der „Nationalistischen Front" (NF) und der „Freiheitlichen Arbeiter Partei" (FAP) vor dem Reichstag anwesend.
Am 5.9. fand dann in Hakenfelde unter massivem Polizeiaufgebot die Gründung des westberliner Landesverband der „Republikaner" statt. Klaus Weinschenk, der bereits seit März 1987 Landesbeauftragter der „Republikaner" für Westberlin war, wurde zum Landesvorsitzenden ernannt, Ute Witt zur Stellvertretenden Landesvorsitzenden und Andreas Dohmeyer zum Beisitzer.
Viele Mitglieder der „Republikaner" kommen aus der CDU oder ihrem Umfeld. Vor allem aus den Jugendorganisationen der Jungen Union (JU) und der Berliner Schülerunion (BSU). Die meisten waren dort bereits durch rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen und z. T. ausgeschlossen worden. So z. B. M. Motschmann, der im „Klartext" 1983 ein verherrlichendes Portrait über den Nazi-Oberst Rudel veröffentlichte, oder der Rechtextremist Carsten Pagel, jetzt BVV-Abgeordneter der „Republikaner" in Tiergarten, und Andreas Dohmeyer, ehemaliger Kreisvorsitzender der JU in Reinickendorf, der gegen einen CDUler mit den Worten hetzte: *„Daß solche Leute ... hier sprechen dürfen, und dann ohne Judenstern, daß ist ein Skandal"*. Immer wieder sind auf ihren Treffen und Versammlungen bekannte Nazi-Größen aus Westberlin oder dem Bundesgebiet anwesend: so z. B. auf ihrem Bundesparteitag der Ex-„BDI"-Vorsitzende Werner Deutsch oder auf einem Treffen im Reinickendorfer Hotel Central Wolfgang Wilkening, Redakteur der neofaschistischen Zeitschrift „Sieg". Mitglieder der „Republikaner" wie z. B. Emil Schlee publizieren auch im „Forum"-Zeitschrift des politischen Arms der sog. Mun-Sekte. Auf einem Treffen der 'Causa' in Westberlin traten u.a. auch Weinschenk und Witt auf.

Der Landeswahlausschuß hat am 27.10.88 formal und ohne inhaltliche Diskussion mehrheitlich für die Wahlzulassung der „Republikaner" gestimmt. Nach einer internen Auseinandersetzung um die Wahlbeteiligung traten im August 88 die Vorsitzenden Weinschenk, Witt und Wenzel von ihren Ämtern zurück. Neuer Landesvorsitzender und Platz eins auf der Kandidatenliste fürs Abgeordnetenhaus wurde der Polizeiobermeister Bernhard Anders. Sein Stellvertreter und Platz 2 der Liste belegte Carsten Pagel. Gegen ihren Ball im Feb. 88 in der Trabrennbahn Mariendorf, sowie gegen alle anderen Veranstaltungen der „Republikaner" haben AntifaschistInnen immer wieder protestiert und demonstriert.



Was wollen die „Republikaner"? Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit Das „Deutsche Volkstum sichern"

Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der „Republikaner", ihre Verbindungen, und liest aufmerksam ihre Publikationen, wird deutlich, welche Ideologie diese „Neue Kraft für Deutschland" propagiert.
Auch wenn die „Republikaner" immer wieder beteuern, sie seien keine 'Ausländerfeinde', sprechen ihre Programme und Flugblätter eine beredte Sprache: da heißt es, die Altparteien seien verantwortlich für *„Überfremdung und unzulässige Forderungen nach Ausländerwahlrecht"* – oder ihr (die REPs!) vorrangiges Ziel in der Innenpolitik sei *„die Erhaltung des Bestandes und der Gesundheit des deutschen Volkes und seines ökologischen Lebensraums"* – und *„Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es muß das Land der Deutschen bleiben."* usw.
Mit unverhohlenem Rassismus dichten sie Menschen, die vor Hunger, Krieg und politischer Verfol-

gung hierher geflüchtet sind, „Asylbetrug" an, beschwören den *„deutschen Bürger"*, von dem sie *„Schaden"* durch die ImmigrantInnen und Flüchtlinge abwenden müssten. Die Forderung militanter Neonazis nach einem „Ausländer-Raus", die immer wieder mit körperlichen Angriffen in die Tat umgesetzt wird, verpacken die „Republikaner" in Forderungen wie *„unverzügliche Abschiebung abgelehnter Asylbewerber"; „der Ausländerteil ist so schnell wie möglich zu verringern"; „Zuzugsperren für Ausländer auch in den nördlichen Wohngebieten von Schöneberg und Neukölln"*; u.v.m. (Berliner Programm)

In ihrem Bundesprogramm von '87 heißt es dann weitergehend: *„Ausländer sind Gäste. Dieses schließt . . . unbefristete Arbeitsverträge, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus."*
Den schon heute existierenden unerträglichen Diskriminierungen und der Behandlung von ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge als sozialminderwertige Menschen 2. Klasse durch sondergesetzliche Bestimmungen und Maßnahmen setzen die „Republikaner" noch ihr völkisch-nationales Argumentationsmuster hinzu.

Das Frauenbild der „Republikaner"

Grundlage faschistischer Familienpolitik bilden die drei Begriffe Familie, Volk und Staat. Dabei wird der Frau die Aufgabe der Erhaltung des „Bestandes und der Gesundheit des deutschen Volkes" zugeschoben: *„Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und keinem 'Hausmann' oder 'Kollektiv' erfüllbare Berufung der Frau."*
Einfacher ausgedrückt: Die 'Berufung' der Frau qua Geschlechtszugehörigkeit ist es, für Kinder, Küche und Mann mit Hingabe zu existieren. Kinderkrippen und Kindertagesstätten sind von den „Republikanern" abgelehnte „Kollektiverziehung". Die „Republikaner" fordern weiter: *„Jedes schulentlassene Mädchen leistet ein praktisches Jahr"*, dabei *„sind Kurse eingeschlossen, welche Aufgaben als Frau, Mutter und Hausfrau betreffen."* So würde in Zukunft keine Rede mehr von erhöhter Frauenerwerbslosigkeit sein können. Die „Republikaner" fordern daher auch die *„Angleichungen der sozialen Stellug der Hausfrau und Mutter an die berufstätigen Frauen"*. Hausfrau und Mutter soll der Frau ihre *„Sinnerfüllung"* geben, alles andere entspricht nicht einer 'normalen' Frau. Von der Verleihung des Mutterkreuzes sind wir dann nicht mehr weit entfernt.
Selbstverständlich sind die „Republikaner" auch für den „Schutz des ungeborenen Lebens" und fordern die „Unterbindung des Mißbrauchs der sozialen Indikation des § 218 StGB" — was faktisch einer Nicht-In-Anspruch-Nahme des Rechts auf freie Entscheidung gegen eine ungewollte Schwangerschaft gleichkommt.

Es riecht nach Krieg
Die „REP" negieren die bestehenden Grenzen

Die „REP" weigern sich, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anzuerkennen. *„Nichts ist verloren — es sei denn, wir geben es selbst auf!"* heißt es in einem ihrer Flugblätter. Die Politiker, die die Ostverträge aushandelten, sind für die „Republikaner" „Landesverräter". Diese Auffassungen haben Tradition, die Faschisten in der Weimarer Republik haben die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges nie anerkannt. Die NSDAP forderte schon 1920 „den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland".
Die Rep meinen in ihrem Programm, *„die illegale, unnatürliche Zerstückelung des Deutschen Volkes"* sei *„eine Gefahr für den Frieden in der Welt"*! Nach eigener Aussage gehen sie davon aus, daß das *„Deutsche Reich fortexistiert"*; damit erheben sie Anspruch auf 13205 qkm sowjetischen Territoriums, auf 101091 qkm Staatsgebiet der DDR. Wer diese Gebiete zurückerobern will, wer Gebietsansprüche erhebt, der muß Gewalt anwenden, der will Krieg.
Zur ideologischen Kriegsvorbereitung fordern die „REP": *„Wir sind für . . . eine Revision des Geschichtsunterrichts in den deutschen Schulen. Wir wehren uns gegen Zerrbilder deutschen Soldatentums in den Massenmedien"*,
Für die militaristische Kriegsvorbereitung fordern sie in ihrem Programm zur *„geistig-moralischen Erneuerung"* und für eine „staatspolitische Erziehung" von *„allen Jugendlichen den Wehrdienst"*.
Schönhuber selber bemüht sich eifrig, das deutsche Volk aus der *„verheerenden, schädlichen Geschichtsbewältigung"* herauszuführen, z.B. mit seinem Buch „Ich war dabei" (bei der Waffen SS), in dem er u.a. zu der Feststellung kommt, daß das Nürnberger *„Verdammungsurteil der Waffen-SS unwürdig und beleidigend"* war. In ihrem Programm heißt es: *„Die Kriegspropaganda der Siegermächte ist in unsere Geschichtsbücher eingegangen, und ihre Übertreibungen und Fälschungen müssen von der Jugend weitgehend geglaubt werden, da eine objektive Geschichtsschreibung immer noch nicht in vollem Umfang ermöglicht wird."* Die „REP" rufen zu *„nationalen Selbstbestimmung und geistig-moralischen Erneuerung"*.
Demgegenüber rufen wir auf:



„Volksgemeinschaft" der „Leistungswilligen"

Auch in ihrem programmatischen Aussagen zur Sozial- und Gesundheitspolitik setzen die „Republikaner" voll auf elitären Denken und die Unterordnung des Einzelnen unter die *„Volksgemeinschaft": „alle Maßnahmen der Gesundheitspolitik haben sich dem einzigen Ziel unterzuordnen: der Erhaltung der Volksgesundheit ... Es darf nicht hingenommen werden, daß der Staat .. „Unsummen für Menschen aus geben muß, die das 'soziale Nest' schamlos ausnützen, durch überflüssige Krankschreibungen ..."* und sie fordern weiter: *„dem Mißbrauch des Sozialstaates durch Arbeitsunwillige, die über die Sozialhilfe zu einem höheren Einkommen als die niedrigsten Lohngruppen von Vollbeschäftigten, ist entgegenzuwirken".*

Diese Argumentation ist gerade zu eine 'Volksverhetzung' angesichts von über 2 Millionen erwerbsloser Menschen und der zunehmenden Armut. In ihrem Bundesprogramm verbinden die „Republikaner" das „Recht auf Beschäftigung" mit der „Pflicht zur Arbeit", wobei sie den Gewerkschaften nur noch solche Tätigkeiten gestatten wollen, die sich *„auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen der Arbeitsstätten beschränken"*. In ihrem Westberliner Programm gehen sie soweit, die Auflösung der „Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen" zu fordern, was jedem Unternehmer das Herz höher schlagen lassen wird.

Zusammenfassend stellen wir fest:

„Volksgemeinschaft", die biologistische Festschreibung der Aufgaben von Frauen als Hausfrauen und Mütter, kriegslüsternder Revanchismus und menschenverachtender Rassismus bilden heute wie damals die Grundlage faschistischer Politik!

Demgegenüber fordern wir:

- KEINE KANDIDATUR DER „REPUBLIKANER" !!!
- AUFLÖSUNG UND ZERSCHLAGUNG ALLER FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN !!!

Unterzeichnerinnen:

Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz; Antifa-AGs der Rheingau/Paul-Natrop-Schule, Beethoven-Schule,Ebert-Schule,Friedensburg-Schule,Otto-Hahn-Schule, Sophie-Scholl-Schule und des Gymnasium Steglitz; Antifa-Bündis Steglitz; Antifa Jugendfront; Anti-REP-Komitee; Antifa-Westberlin; ASTA d. Kirchlichen Hochschulen; Feministisches Frauen Bildungs-und Informationszentrum; Gewerkschaft Handel,Banken und Versicherungen-Landesbezirk Berlin; Interessensgemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen; Initiative"Republikanerstopp"; Jacob; JungsozialistInnen in der SPD; Kommunistischer Bund; Künstler für denFrieden; Netzwerk; ÖTV-Jugend Berlin; Rastlos; Regionalbüro für Wirtschaft und Antirassismus; Sozialistischer SchülerInnenbund; Span_dauer-Antifa-Bündnis; Aktion Sühnezeichen; Stoned-Redaktion; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Verband der Antifaschisten; Volksfront gegen Faschismus, Reaktion und Krieg; Zusammenschluß Berliner Schüler gegen Neofaschismus.

v.i.S.d.P.:P.Schmidt,Karl-Marx-Str. 144,1-44

Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz
Veranstaltungsreihe

Das Wechselspiel von Konservativen und Faschisten: Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen? Die politische Konzeption der Neuen Rechten und Konservativen als Wegbereiter des Faschismus.

Am Beispiel von:

22.11.88	Das großdeutsche Reich im Rahmen eines geeinten Europas. Selbstbestimmungsrecht für Deutsche?
29.11.88	Ausländerhetze und Rassismus
06.12.88	Frauen- und Familienpolitik
15.12.88	Elite und Führertum oder "Jedem das Seine"

Alle Veranstaltungen finden statt im Gemeindehaus in der Nostizstraße um 19.00 Uhr.